

13. Mai 2006, Gedenkfeier auf dem KZ Friedhof Birnau

Verehrte Anwesende,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kameradinnen und Kameraden,
Freundinnen und Freunde aus der Friedens- und der sozialen Bewegung,
cari amici Italiani, compagni Piemontesi!

Was wäre, wenn ...?

- wenn es keinen Tag der Befreiung am 8. Mai 1945
- wenn es keine Niederlage der deutschen Wehrmacht in Stalingrad 1943
- wenn es danach keine Befreiungs- und Siegesparaden in Athen, Paris, Turin
- wenn es keine Befreiung der Häftlinge aus Lagern und Zuchthäusern

wenn es das Glück und das Aufatmen nach der Überwindung des Hitler-Faschismus nicht gegeben hätte (sondern einen Triumph der Nazidiktatur) ?

Die Geschichte kennt keine Antwort auf „Was-wäre-wenn...“-Fragen. Aber für einen Moment kann es hilfreich sein, sich das kaum Vorstellbare als verhinderte Möglichkeit vor unsere Augen zu rufen:

Hätten die deutschen Eroberer ihren Krieg gewonnen, stünden wir nicht hier, um der Opfer des Faschismus zu gedenken. Vielmehr lebten wir - wahrscheinlich ohne Kenntnis aller Versuche, dem Naziterror zu widerstehen und ohne Kenntnis auch der Opfer dieser gescheiterten Versuche. Die meisten von uns wären durchdrungen von der Gehirnwäsche eines rassistischen Menschen- und Weltbildes und überzeugt von der Verachtung gegenüber „Untermenschen“ und „Volksschädlingen“, die sich dem triumphierenden SS-Staat entgegenstellen und die deshalb ausgelöscht werden müssen. Wir lebten vermutlich dann in einer europaweiten Volksgemeinschaft aus Herren und Sklaven und hätten keine Ahnung von politischer Freiheit und demokratischer Kultur, weil Totschweigen, Verdrängung und Propaganda unsere Erinnerung an solch staatsgefährdenden Luxus längst gelöscht hätten.

Dass dies für uns alle nicht so gekommen ist, verdanken wir jenen, die sich dem Faschismus nicht gebeugt, sondern ihn mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und am Ende unter schweren Opfern niedergeworfen haben.

An Tagen des Gedenkens wie dem heutigen haben wir mit unendlichem Dank daran zu erinnern, dass auch in unserem eigenen Land, obwohl äußerlich erfolglos, Frauen und Männer vor allem aus der Arbeiterbewegung, auch aus dem Bürgertum, Widerstand geleistet haben. Und nicht zuletzt: wir verneigen uns in besonderer Weise vor all jenen aus den überfallenen Völkern, die mit ihrem Widerstand zum Sieg der Anti-Hitler-Koalition beigetragen hat.

Wir gedenken der Angehörigen und Opfer

- aus dem Widerstand der „ersten Stunde“, die ohne jeden konkreten Hoffnungsschimmer gekämpft und tausendfach den Weg in Lager, Zuchthäuser und zur Hinrichtung antreten mussten;
- wir gedenken jener, die in der Gefahr der Illegalität mit dem Flugblatt, mit Sabotageanschlägen, mit Hilfeleistung für Verfolgte, oft mit bloßen Händen oder auch mit der Waffe in der Hand Widerstand geleistet und ungezählte Male ihr Leben gelassen haben.

Aber – und hierzu mahnen uns die Gräber auf diesem Friedhof, auf dem die sterblichen Überreste von fast hundert der in den Goldbacher Stollen eingesetzten Dachau-Häftlinge ruhen, die Misshandlungen und Krankheit erlitten oder ermordet worden sind – in das

Zentrum unseres Gedenkens gehören alle Opfer der Sklaverei in den Konzentrationslagern und der Zwangsarbeit außerhalb der Lager, die zu Tode gebracht und die für ihr ganzes Leben gezeichneten Übel erlebenden.

Als einer, der 300 km entfernt von dieser schönen Bodenseelandschaft lebt, erlaube ich mir die Frage: wo liegen eigentlich die Überlinger Stollen, wo liegt dieser KZ-Friedhof in Birnau? Ich meine nicht: wo auf der Landkarte, sondern: wo im Bewusstsein und im Gedächtnis – sagen wir einmal – nur der Bevölkerung in Südwestdeutschland?

Zu meinen Nachbarn und Freunden in Darmstadt zählen einige, die aus Oberschwaben stammen oder sich hier doch ein wenig auskennen, weltoffene Leute. Ich habe sie dieser Tage gefragt, ob sie je etwas von diesem Friedhof hier in Birnau und von dem KZ-Lager in Überlingen gehört haben. Nichts wussten sie davon.

Aber wir sollten eher umgekehrt herum fragen: was wissen wir, denen die Ortsnamen mit dunkelster Berühmtheit etwas sagen (Auschwitz, Theresienstadt, Mauthausen, Dachau – wie die Schreckensorte alle heißen) - was wissen wir denn über die ungezählten, ins Gedächtnis von Überlebenden, in die Erinnerung ganzer Städte, Dörfer und Regionen eingegrabenen Orte, an denen Frauen, Kinder, Greise, Kranke, erst recht Partisanen oder Geißeln in den von den Hitlerarmeen überfallenen Ländern unvorstellbaren und ungezählten Verbrechen zum Opfer gefallen sind?

Vielleicht haben wir vom Geißelmord in den Fosse Ardeatine, dem 335 Römerinnen und Römer zum Opfer gefallen sind, vielleicht haben wir vom Blutbad in und um Marzobotto bei Bologna, auch von den Mordtaten in Kalavrita auf dem Peloponnes oder von Oradour in Frankreich gehört. Aber haben wir je von ein kleinen Ortschaft namens Ponari erfahren, 20 km von Litauens Hauptstadt Wilna entfernt, wo in den Jahren 1941 bis 1944 70.000 Litauische Juden abgeschlachtet und in einem Waldstück verscharrt wurden – zusammen mit 10.000 polnischen Opfern und 20.000 ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen?

Von St. Anna di Stazzema oberhalb von Lucca und Carrara haben wir in letzter Zeit vielleicht in der Zeitung gelesen, weil mehr als 60 Jahre nach der Ermordung fast der gesamten Dorfbevölkerung im August 1944 die hiesige Justiz gegen die unbehelligt in Deutschland lebenden Angehörigen des Mordbataillons endlich wenigstens ermittelt. Aber haben wir je von Boves, dem kleinen Städtchen im Piemont unweit von Cuneo, gehört, wo im September 1944 SS-Truppen ein Massaker vor allem an Körperbehinderten, Alten und Kranken angerichtet haben, dem am Ende dann Hunderte aus der Zivilbevölkerung zum Opfer fielen? Gehen deutsche Urlauber, die Küche, Wein und Landschaft des Piemont genießen, da mal hin?

Was wissen wir von Distomo, nahe Delphi gelegen, dem berühmten Pilgerort zahlloser Griechenlandtouristen? Die kleine Stadt wurde im Juni 1944 mitsamt ihrer Zivilbevölkerung niedergebrannt – wie mehr als zweihundert andere Dörfer in Griechenland. Von deutscher Entschädigung an die wenigen Überlebenden und an die Kommune bis heute keine Spur – „bedauerliches Kriegsgeschehen“, sagten alle Bundesregierungen der letzten Jahre und so entschied vor kurzem, mit abstoßender Begründung, auch das Bundesverfassungsgericht.

Wir Deutsche, auch wir Nachgeborenen leben in einem Europa, das überzogen ist von einem unsichtbaren Netz aus Orten der Schande, an denen während des Zweiten Weltkriegs von Deutschen und ihren Söldnern ungezählte, bis heute meist ungesühnte Verbrechen auch und gerade an der Zivilbevölkerung begangen wurden.

All dieser Opfer des Faschismus und der deutschen Besatzungsarmeen gedenken wir hier in Birnau. Jeder konkrete Ort der ehrenden und anklagenden Erinnerung steht stellvertretend für abertausende andere Gedenkort. Sie alle besitzen Namen und sind mit Kalenderdaten verbunden, nicht zuletzt mit den Namen Jener, deren Lebens- und Familiengeschichte dort vernichtet wurde. Wir sollten von einer einfachen Inschrift an einer Mauer neben der Gedächtnisstätte der italienischen Gemeinde Marzobotto lernen und – vielleicht auch hier in Birnau und anderswo – an Gedenkort in unseren Nachbarländern erinnern. Um Marzobotto herum starben Ende September 1944 binnen einer Woche zwischen 700 und 800 Einwohner, unter ihnen über 500 Frauen und Kinder, durch deutsche Hand. An der Mauer stehen in großen Lettern die Ortsnamen Distomo, Lidice und Oradour – in Stein gemeißelte Solidarität mit den Leidensorten in Griechenland, Tschechischen und Frankreich..

Der Opfer zu gedenken schließt unsere Verpflichtung ein, nach dem Vermächtnis des europäischen Widerstandes zu fragen. Wir sprechen die Kurzformel dieses Vermächtnisses häufig aus, malen es in großen Buchstaben auf Transparente und Plakate: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“. Die Frage an uns lautet: wie übersetzen wir diese Kurzformel in politisches Handeln, damit es nicht zum Schlagwort verkommt?

Als Gewerkschafter weiß ich (wie wohl die meisten der Anwesenden): der deutsche Faschismus ist 1933 nicht als plötzliches Naturereignis vom Himmel gefallen – und am 8. Mai 1945 hat er sich nicht plötzlich wieder in Luft aufgelöst. Spätestens die sich immer häufiger und immer aggressiver rührenden Neofaschisten unserer Tage lehren uns dies.

Der Weg in den offenen Faschismus führte seinerzeit u.a. über die Zerstörung der Arbeiterorganisationen, nicht zuletzt der Gewerkschaften und über die Zerstörung des in der Weimarer Republik begonnen Sozialstaats: Abbau sozialer und demokratischer Rechte, Schwächung der Gewerkschaften und Zerstörung von deren Tariffähigkeit, Disziplinierung und Verarmung der Arbeitslosen und der sozial Schwachen lautete das Konzept. Betrieben wurde diese Zerstörung zwar von einer Koalition alter, reaktionärer Eliten, gefördert von Großindustrie und Banken im Verein mit der braunen Bewegung. Der Zusammenbruch war aber begleitet von der Selbstschwächung der Arbeiterorganisationen durch Spaltung und durch verhängnisvolle Anpassung und Tolerierung auch der Gewerkschaften dieser Zerstörungspolitik gegenüber.

Das Doppelprojekt Demokratie- und Sozialabbau feiert, in modernem Gewand, gegenwärtig fröhliche Urständ. Die vom Lambsdorff-Papier 1982 bis zur gegenwärtigen Hartz IV-Politik reichende Linie ist Ausdruck eines neuen Anlaufs, der die Rückkehr zur überwunden geglaubten Klassengesellschaft eingeläutet hat. Nur zwei Zahlen: über 11 % der 55- bis 64-Jährigen sind hierzulande arbeitslos, in den anderen 20 wichtigsten Industrieländern liegt die Quote bei durchschnittlich 4,4 %. Laut UNICEF steigt die Kinderarmut in Deutschland schneller als in anderen Industrieländern – bei uns sind 1,5 Mio Kinder und Jugendliche arm (bei einer Dunkelziffer von über 3 Millionen). Die eingeleitete Verarmungs- und Deklassierungspolitik könnte nach Zielsetzung und Methoden von den Strategiepapieren und Sozialabbaumaßnahmen der beginnenden 30-er Jahre abgeschrieben sein. Wir müssten den Text eines von Alfred Hauser im Juli 1932 verantworteten Flugblatts „An die arbeitende Jugend Stuttgarts!“ sprachlich nur ein wenig modernisieren – inhaltlich könnten wir es mit seinem detaillierten Aufruf zum Kampf gegen Sozialabbau und Disziplinierung der auf soziale Unterstützung Angewiesenen in vielen Punkten direkt übernehmen.

Auch die von neoliberalen Planungsstrategen wieder auf die Tagesordnung gesetzte Schwächung der von Massenarbeitslosigkeit eh gebeutelten Gewerkschaften müsste uns wach

rütteln. Hinter de, sich dahin ziehenden Abwehrkämpfen der ver.di- Gewerkschaft, die Arbeitszeitverlängerung (und die auch noch ohne Lohnausgleich) verhindern sollen, steckt der strategisch angelegte Versuch der von den konservativ angeführten öffentlichen Arbeitgeber, die Fähigkeit einer großen Gewerkschaft zu zerbrechen, Mindestarbeitsbedingungen in einem länderübergreifenden Tarifvertrag festzuschreiben. Die öffentlichen Arbeitgeber wollen den privaten zeigen, wie der Flächentarifvertrag zerschlagen werden kann. Der nun ist wiederum ein Kernstück des grundgesetzlichen Sozialstaatsgebots, einem Kernstück der aus dem Zusammenbruch Weimars gezogenen geschichtlichen Lehren.

Die zwölf Jahre des Nationalsozialismus waren zwölf Jahre rassistischer Herrschaft und Vernichtungspolitik. Allen voran waren Juden, Sinti und Roma, die Angehörigen der slawischen Völker millionenfache Opfer. Zum Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes gehört deshalb die Verpflichtung für uns Nachgeborene, gemeinsam gegen Neofaschismus und Fremdenhass anzugehen – wie es zu Recht an der Spitze des Einladungsflugblatt steht. Dieses Engagement beginnt und endet nicht bei verbaler Abscheu gegenüber rassistischen Schandtaten in Potsdam oder Halle, also mal wieder bei den Osis. Unsere Standfestigkeit, auch unsere Zivilcourage sind vor allem hier, wo wir leben und arbeiten, gefragt. Die Mitläufer von früher mit ihrem Alltags-Antisemitismus und dem wohlfeilen Gerede von den Sozialschmarotzern haben unbestreitbar ihren Anteil am Machtgewinn und an der Machtausübung durch die Nazis. Die Mitläufer von heute machen sich die aktuellen Forderungen nach einer neuen deutschen Volksgemeinschaft unter der Überschrift „Leitkultur“ allzu rasch zu Eigen: die Fremden hier, die aus anderen Kulturkreisen, haben sich gefälligst unauffällig zu verhalten und um Anpassung zu bemühen – oder: zu gehen. Die Beckstein-Öttinger-Koch-Fraktion will dies mit Hilfe intoleranter Fragebogen-Bürokratie samt demagogischer Stimmungsmache in der Bevölkerung erreichen, die Straßen-Fraktion schlägt ohne Umschweife zu. Zwischen diesen beiden Extremen der Fremdenfeindlichkeit ist viel Platz für die Mitläufer, die ihre Köpfe einziehen, die wegschauen und weghören, wenn es darum geht, dem schleichenden alltäglichen Rassismus am Arbeitsplatz, auf Parties oder auf der Straße entgegenzutreten. „Kein Fußbreit den Neofaschisten“, diese klare Parole muss vor allem für die Abwehr der immer offener auftretenden Neonazi-Gruppen gelten, die zunehmend Netzwerke bis hin zu braunen Wohngemeinschaften bilden, die zunehmend auch in Schulen Fuß fassen. Ihr ideologischer und organisationspolitischer Kern, die NPD, und deren Straßenschlägertrupps, die Kameradschaften – sie müssen endlich allesamt verboten werden!

Zum Kern des Vermächtnisses des europäischen Widerstandes gehört schließlich unsere Ablehnung von Aufrüstung und von Krieg als Mittel der Politik. Das gilt auch dann, wenn Krieg als Mittel zur Herstellung und Sicherung von Frieden ausgegeben wird. Wer Anschauungsmaterial dafür sucht, welche anhaltend verheerenden Folgen für Menschen, Gesellschaft und Kultur nur wenige Wochen eines Krieges nach sich ziehen, benötigt nur ein paar Tage Zeitungslektüre mit Berichten aus dem Irak. Nach vorsichtigen Schätzungen starben in den ersten 18 Monaten nach dem britisch-amerikanischen Angriff fast 100 000 irakische Zivilisten, meist Frauen und Kinder. Die Zahl ist inzwischen auf weit über 200 000 angestiegen. Auf die Frage nach irakischen Zivilopfern antwortete der kommandierende US-General: „Wir zählen keine Leichen.“

Und wer studieren will, wie weit sich die Bundesregierung in den letzten 15 Jahren vom Friedensgebot unserer Verfassung, also dem kategorischen Imperativ eines Deutschland nach Hitler, bereits entfernt hat, dem seien die Stationen der Militarisierung der deutschen Innen- und Außenpolitik in Erinnerung gerufen: Umbau der Bundeswehr von der überflüssig gewordenen Verteidigungsstreitmacht zur Interventionstruppe vom Hindukusch bis

Zentralafrika, Beteiligung am und Rechtfertigung des völkerrechtswidrigen Angriffs auf das ehemalige Jugoslawien und demnächst, wenn es nach den verfassungsfeindlichen Wünschen nicht nur des Innen- und Verteidigungsministers geht, auch Bahn frei für die Bundeswehr zur Interventionstruppe im eigenen Land.

Die Opfer und die Überlebenden des europäischen Widerstandes gegen den Faschismus mahnen uns, uns diesen Schritten in den autoritären, auf Militärmacht nach außen und nach innen auf Ordnung setzenden Staat entgegenzustellen. Nicht Abbau, sondern Stärkung und Ausbau des Sozialstaats, ein ernst genommenes Friedensgebot, also Rückbau der Bundeswehr, Schluss mit Auslandseinsätzen und Umlenkung der Rüstungsausgaben in Bildungs- und Beschäftigungspolitik, so lautet die aktuelle Umsetzung unserer antifaschistischen Leitlinie „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“.

Dass Faschismus und faschistische Handlungsbereitschaft keine Museumsgespenster sind, wird uns alle paar Tage vor Augen geführt. Im sächsischen Landtag sagte vorgestern ein NPD-Abgeordneter, für abzuführende linke Straftäter reichten keine Helikopter, da benötige man schon Sonderzüge. Auf den Zwischenruf, es habe schon einmal Sonderzüge gegeben, in denen Menschen abtransportiert wurden, sagte dieser NPD-Parlamentarier wörtlich: „Ja, manchmal wünscht man sie sich wieder, wenn ich manche so sehe.“

Primo Levi, der Auschwitz-Überlebende, hat uns ins Stammbuch geschrieben: „Es ist geschehen. Also kann es wieder geschehen.“

Wir müssen nicht lange nach unseren Aufgaben suchen. Sie liegen vor unseren Füßen.